

Kwod Ha'Rav,

sehr geehrter Herr Rabbiner Barkahn,

sehr geehrter Herr Bürgermeister Breuer,

sehr geehrte Frau Landrätin Borggräfe,

Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit,

sehr geehrte Damen und Herren aus Politik und Verwaltung,

verehrte Gäste,

Am 9. November 1938, also heute vor 86 Jahren wurde genau an dieser Stelle die Neusser Synagoge niedergebrannt. Vor 86 Jahren begann der Auftakt zu Rassenwahn, zur Entwürdigung, zur Folterung und zum systematischen Morden und Töten, an dessen Ende die Vernichtung von 6 Millionen Juden stand. 6 Millionen Männer, Frauen und Kinder jüdischen Glaubens.

Schon deutlich vor diesem Datum wurden Neusser daran gehindert, in jüdische Geschäfte zu gehen beispielsweise in das Kaufhaus Arlsberg oder die Konfektionsgeschäfte von Isaak Gottschalk und Sally Levy.

Jüdische Familien mussten später ihre Wohnungen verlassen und in sogenannte Judenhäuser auf der Büttgerstraße 18, Kanalstraße 65 oder Büchel 31 ziehen. Die

leergezogenen Wohnungen und Häuser gingen direkt und ausnahmslos in den Besitz des Deutschen Reiches.

Die in Kraft getretenen Nürnberger Rassegesetze taten das Übrige zur Entwürdigung der Gemeindemitglieder der Jüdischen Gemeinde Neuss, die den Ereignissen vollkommen hilflos gegenüberstanden. All dies geschah in der Regel ohne erkennbare Teilnahme der übrigen Stadtgesellschaft.

Schrecklicher Höhepunkt war der 9. November 1938 als der Düsseldorfer Gauleiter der NSDAP in Neuss telefonisch die Anweisung für die Durchführung der „Judenaktion“ gab. Gegen Mitternacht drang die SA in die Synagoge hier an der Promenadenstraße ein und verwüstete die Innenräume. Der Führer der Neusser NS-Ärzeschaft organisierte die Benzinkanister und wenig später ging die Synagoge in Flammen auf. Gemeindemitglieder wurden aus ihren Häusern gezerrt, durch die Straßen gehetzt, blutig misshandelt und verhöhnt.

Der pflegebedürftige Aron Heumann wurde aus seiner neben der Synagoge gelegenen Wohnung geholt und musste unter den Fußritten und dem Gejohle der teilweise betrunkenen SA-Männer den Gehsteig vor der schwelenden Ruine säubern.

In den Folgewochen und Monaten folgte für diejenigen Neusser Juden, die nicht fliehen konnten, die Deportation in die Lager Lodz, Riga, Theresienstadt und schließlich Auschwitz. Dies bedeutet, vor 86 Jahren begann auch in Neuss der unbeschreibliche Leidensweg für Millionen jüdischer Frauen, Männer und Kinder, der für die meisten von Ihnen in Ermordung und industrialisiertem Töten endete. Wenn wir uns heute daran erinnern, können wir dies nur, indem wir auch zeitgleich die Verantwortung für die heutige Zeit - für unsere Zeit übernehmen.

Ein Jahr ist es bereits her, als die Hamas-Terroristen Israel überfallen haben und 1200 Menschen abgeschlachtet haben. Hunderte Israelis wurden in den Gazastreifen verschleppt. 101 Geiseln werden immer noch von Mördern und Vergewaltigern festgehalten.

Unser Leben, unsere Realität, eigentlich alles hat sich für uns verändert. Besonders für uns Jüdinnen und Juden hat sich eine neue schmerzvolle Lebensrealität manifestiert. Sie tut weh, weil wir dachten, dass wir als Gesellschaft weiter sind. Wir dachten, dass die Menschen aus der Vergangenheit gelernt hätten. Doch die brutalen Fakten beweisen das Gegenteil.

Und dann blicken wir nach Europa, nach Deutschland und auch hier nach NRW und sehen Demonstrationen, die sich „pro-palästinensisch“ nennen, aber in

Wirklichkeit die Opfer zum Täter machen. Israel, das angegriffen wird, kämpft ums Überleben, verteidigt sich – und doch wird ihm hier von vielen das Recht auf Selbstverteidigung abgesprochen. Israel wird hierzulande von vielen Seiten delegitimiert und damit auch das Recht eines jeden Menschen auf Schutz und Sicherheit.

Der Hass gegenüber Israel und auch gegenüber Jüdinnen und Juden hat seit dem 7. Oktober 2023 eine neue Dimension erreicht. Juden sehen sich gezwungen, ihre jüdische Identität zu verstecken – aus Angst vor Anfeindungen, aus Angst vor Gewalt. Das ist die bittere Wahrheit, in der wir nun leben.

Nach der Shoah haben wir über Jahrzehnte jüdisches Leben wieder aufgebaut. Es blühte – gegen alle Widerstände.

Vor einigen Jahren feierten wir gemeinsam 1700 Jahre jüdisches Leben im Rheinland, doch die Entwicklungen der letzten 12 Monate haben uns alle erschüttert. Antisemitische Übergriffe erreichen Rekordhöhen und sogar eine Studie des Innenministeriums belegt, dass die Zahl antisemitischer Angriffe einen Höchststand erreicht hat, nämlich im Vergleich zum Vorjahr auf über 65 % (! Pause) 65 %, angestiegen ist. Und dies erleben wir z.B. auch darin, dass es viele Gemeindemitglieder gibt, die darum bitten, Post aus der Jüdischen Gemeinde in einem neutralen Briefumschlag oder besser gar nicht an ihre postalische Anschrift, sondern an ein Postfach zu schicken, einfach, weil sie Angst haben, dass

Menschen wissen, dass sie jüdisch sind. Jüdische Institutionen und ihre Mitglieder sind in Düsseldorf, in Neuss und darüber hinaus bedroht. Hassnachrichten auf Social Media sind allgegenwärtig, Davidsterne werden an Häuser gemalt. Jüdinnen und Juden werden auf offener Straße angegriffen, weil sie beispielsweise ein „Bring them home-Shirt“ tragen.

Antisemitische Protestcamps machen sich auf dem Campus von Universitäten breit. Jüdische Studierende und Lehrende werden bedroht und angefeindet. Jüdisches Leben in Deutschland ist wieder von Unsicherheit geprägt.

Diese Realität, die wir erleben, ist unerträglich. Bei einer Gedenkveranstaltung für die entführten Kinder nach dem 7. Oktober 2023, ich sagte es gestern bereits einmal zur Verleihung des Simonspreises, hörte ich einen Herrn sagen, es sei bedauerlich, dass Hitler uns vergessen hätte.

Der Israel bezogene Antisemitismus, oft unter dem Deckmantel der Israelkritik, hat in unserer Gesellschaft Fuß gefasst. Wir beobachten dies in allen gesellschaftlichen Bereichen, einschließlich Universitäten, Schulen und zunehmend auch in der Politik. Ein trauriger Höhepunkt war der antisemitische Beitrag von Aydan Özoğuz, Bundestagsvizepräsidentin, die sich zwar 2 x entschuldigte, zuletzt gestern, sich jedoch nicht distanzierte. Trotz zahlreicher Rücktrittsforderungen trat sie nicht zurück, und das bedeutet dann die

sogenannte Staatsräson, dass ein öffentliches Organ stellvertretend für das deutsche Parlament sich antisemitisch äußern darf, ohne Konsequenzen. Nach 12 Monaten kontroverser Diskussion hat der Bundestag nun die Resolution gegen Antisemitismus beschlossen. Nicht einstimmig, denn zu viele Antidemokraten sitzen mittlerweile in unserer Volksvertretung, es wurde bis zuletzt noch versucht die Resolution zu kippen, auch von den Bürgerlichen Parteien, bzw Teile der aktuellen Koalition, da sie Meinungs- und Kulturfreiheit einschränke.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eines klarstellen :

Antisemitismus ist keine Meinung, Antisemitismus ist ein Verbrechen !

Wir und unsere Unterstützer machen seit vielen Jahren auf den wiedererstarkten Antisemitismus aufmerksam. Antisemitismus bedroht nicht nur uns, sondern die gesamte Gesellschaft. Wo Hass gegen eine Gruppe beginnt, folgt oft die Spaltung einer ganzen Gesellschaft.

Wir können nicht zurückblicken und „Nie wieder!“ sagen, wenn wir in der Gegenwart nicht aktiv werden, um unsere Zukunft zu sichern. Es reicht nicht, Reden über Toleranz und Vielfalt zu halten, wenn wir in unseren Schulen, in Universitäten, in sozialen Medien und auf den Straßen zulassen, dass jüdisches Leben angegriffen wird.

Der Kampf gegen Antisemitismus ist ein Kampf für die Zukunft unserer Demokratie. Ein Kampf für ein respektvolles und vielfältiges Miteinander. Es ist ein Kampf für die Würde jedes Menschen, unabhängig von seiner Religion, seiner Herkunft oder seiner Überzeugung. Wir dürfen nicht zulassen, dass jüdisches Leben in Deutschland erneut von Angst und Ausgrenzung geprägt wird.

Antisemitismus betrifft uns alle, zielt auf unsere gesamte Gesellschaft und hört nicht bei Juden auf.

Deutschland kann und muss besser sein. Vor ein paar Jahren sagte der ehemalige israelische Staatspräsident Reuven Rivlin, dass Deutschland ein Leuchtturm für Jüdinnen und Juden in der Welt sein muss, bezogen auf die Deutsche Geschichte. Er setzte hinzu, dass, wenn in Deutschland Jüdinnen und Juden nicht sicher leben können, dann können sie dies nirgendwo auf der Welt. Und gerade hier an diesem Punkt muss Deutschland besser werden, weil derzeit Jüdinnen und Juden in Deutschland nicht sicher leben können. Gemeinsam können wir ein Zeichen setzen, dass Hass und Intoleranz hier keinen Platz haben. Doch dafür müssen wir alle Verantwortung übernehmen. Es ist an der Zeit, klar zu sagen: Antisemitismus hat in Deutschland keinen Platz – nicht heute, nicht morgen und niemals wieder. Erst dann ist „Nie wieder – JETZT!“

Wie schaffen wir es, Politik und Ehrenamt, wie schaffen wir es – und entschuldigen Sie bitte die Formulierung – den ganz normalen Menschen von Nebenan davon zu überzeugen, dass Ausgrenzung und antisemitische Hetze wie ein Flächenbrand durch die Gesellschaft geht? Wie erreichen wir diejenigen, die von sich behaupten: ich setze mich für unser Miteinander ein.

Wir müssen die Mehrheit in der Gesellschaft davon überzeugen, dass Antisemitismus gegen unsere demokratischen Werte, gegen unser vielfältiges und respektvolles Miteinander agiert.

Erst gestern haben wir als Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Neuss den Simonspreis an zwei Institutionen vergeben, einen Jugendtreff und eine Schule: Das Gymnasium-Norf und die Offene Tür Barbara/Dependance. Das bedeutet, wir haben gestern zwei Institutionen geehrt, die die nächste Generation präsentiert, sie betreut, sie sozialisiert und sie lehrt, die die Verantwortung für unsere Gesellschaft hat. Und nur so können wir gegen Ausgrenzung angehen.

Und auch heute freut es mich sehr, dass so viele Schülerinnen und Schüler von Neusser Schulen hier sind. Dies ist für mich persönlich ein Lichtblick.



Lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal daran erinnern, dass das verordnete industrialisierte Töten von 6 Millionen Menschen, Männern, Frauen und Kindern nicht mit dem Bau von Gaskammern begonnen hat, sondern es hat damit begonnen, Menschen auszugrenzen und Menschen nicht respektvoll zu behandeln. Der Sinn von Gedenkveranstaltungen soll nicht sein, Schuld aufzuladen, aber der Sinn soll sein, zu sensibilisieren und Verantwortung dafür zu übernehmen, dass die dramatischen Ereignisse von damals nicht mehr geschehen.

Und all dies muss unser Auftrag als Gesellschaft sein.

Ich möchte an Sie appellieren:

Stehen Sie auf gegen Antisemitismus, benennen Sie Antisemitismus und lassen Sie nicht zu, dass unsere Gesellschaft gespalten wird und wir gegeneinander und nicht miteinander agieren.

Mit Blick auf unseren höchsten wöchentlichen Feiertag möchte ich uns mit einem kleinen Funken Hoffnung im Herzen zurufen, Shabbat Shalom!